

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 17.11.2011. Für die SPD beantragte Markus Raub, ein Gedenken an die 1738 in Gerresheim als vermeintliche Hexen hingerichteten Frauen auszusprechen. Der Antrag wurde gegen die CDU bei Nichtteilnahme von Rats Herrn Laubenburg beschlossen. Daraufhin wurde ein kurzer Satz des Gedenkens von Bürgermeisterin Dr. Strack-Zimmermann ausgesprochen: „Wir gedenken heute der als Hexen 1738 hingerichteten Gerresheimer Bürgerinnen Helene Curtens und Agnes Olmans. Die Erinnerung an diese Frauen ist mahndendes Zeichen gegen Ausgrenzung Andersdenkender, Andersgläubiger und Minderheiten.“ Mit Ausnahme der CDU und des Oberbürgermeisters erhoben sich die Ratsmitglieder während des Gedenkens von ihren Plätzen.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der Linken zu den katastrophalen Zuständen im **Bürgerbüro Wilhelm-Becker-Allee** erläuterte die Verwaltung, dass gegen die Mäuse mehrere Maßnahmen durchgeführt wurden. Wegen der von den Mitarbeitenden beanstandeten Arbeitsplatzverhältnisse wurden Begutachtungen durchgeführt, erste Ergebnisse werden bis Ende des Monats erwartet. Der Dezernent wird Mitte Dezember mit den Mitarbeitenden ein Gespräch führen, um die Ursachen für die Kritikpunkte zu erfahren und mögliche Veränderungen und Verbesserungen zu besprechen.

Anfragen

Eine Anfrage von BÜ 90 befasste sich mit den **Sekundarschulen**. Die Verwaltung legte dar, dass aufgrund einer Befragung der Eltern der 3. und 4. Klässler eine Bereitschaft erkennbar sein müsste, dass mind. 75 ihre Kinder auf eine neue Schule schicken wollen. Das Zeitfenster zur Umsetzung zum nächsten Schuljahr ist sehr knapp bemessen, da die Anmeldefrist bis zum 31.12. läuft.

Die freien Wähler fragten nach den **Lärmbelästigungen durch den Bau der Tiefgarage am Barbarossaplatz**. Die Verwaltung berichtete, dass die allgemeinen Schutzvorschriften gelten, die 45 dba nachts und 60 dba tagsüber als Lärmgrenze vorsehen. Aufgrund eingegangener Beschwerden werden künftig nachts Lärmmessungen durchgeführt. Bei Überschreitungen der Lärmgrenzen werden Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet. Aufgrund einer weiteren Anfrage der Linken zu diesem Thema teilte die Verwaltung mit, dass bis Juli 2012 an bis zu 20 Nächten Beton- und Glättarbeiten durchgeführt werden, die aufgrund des Arbeitsablaufes bis in die Nächte hineinreichen.

Die SPD fragte nach der **Eingriffs- und Ausgleichsbilanz für die im Rahmen des Kö-Bogens I gefällten Bäume**. Die Verwaltung gab bekannt, dass insgesamt 95 Bäume im Zusammenhang mit dem Bau der Interimsstraße (24), Kanalarbeiten (25), Verkehrsanlage (27) und Baugrube (19) gefällt wurden. Sie hatten einen Kronendurchmesser von 5-12 Metern, in Einzelfällen bis zu 20 Metern. Der Stammumfang betrug 47 bis 160 cm, bei 16 Bäumen 220 cm und bei einem Baum 330 cm. Die genauen Standorte der Ersatzpflanzungen, die Baumarten und Größen werden nach Maßgaben der Freiraumplanung im Geltungsbereich der beiden Bebauungspläne Kö-Bogen durchgeführt und berücksichtigen den Gesamtwert der gefällten Bäume, den die Verwaltung mit 246.000 Euro bezifferte.

Die SPD fragte nach den Auswirkungen der **neuen Trinkwasserverordnung**, die Eigentümer verpflichtet, Warmwasseranlagen mit Boilern mit mehr als 400 Liter Inhalt oder Warmwasserleitungen mit mehr als drei Litern auf Legionellen zu testen. Die Verwaltung teilte mit, dass nicht bekannt ist, in wie vielen der mehr als 32.500 Gebäude mit mehr als zwei Wohnungen eine zentrale Warmwasseraufbereitung erfolgt. Eigentümer sind verpflichtet, entsprechende Anlagen dem Gesundheitsamt zu melden und die jährlichen Untersuchungen vornehmen zu lassen. Insofern kann auch noch nicht ermittelt werden, welche personellen und organisatorischen Veränderungen im Gesundheitsamt erforderlich sind.

Aufgrund einer Anfrage des Rats Herrn Laubenburg zu **Milieuschutzsatzungen** erläuterte die Verwaltung, dass die Voraussetzung für den Erlass einer Milieuschutzsatzung eine vorgefundene Struktur der Bevölkerung und deren Erhaltenswürdigkeit aus städtebaulichen Gründen ist. Für die angefragten Bereiche in der Cimbern- und Wildenbruchstraße sind diese besonderen sozialen und kulturellen Eigenheiten nicht erkennbar, und durch die Verdrängung der bisherigen Bewohner entsteht keine besondere städtebauliche Problematik. Deshalb würde nach Auffassung der Verwaltung keine Rechtsgrundlage für eine Milieuschutzsatzung bestehen. Die Verwaltung stellte dar, dass zwischen 2000 und 2010 697 Wohnungen, davon 47 in Nichtwohngebäuden abgerissen wurden. Errichtet wurden 12.050 Wohnungen, davon 89 in Nichtwohngebäuden.

Anträge der Fraktionen

Der Antrag der Linken, die Bundesregierung aufzufordern, entsprechend dem Anliegen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) ein kontinuierliches **Programm zur dauerhaften Aufnahme von Flüchtlingen** (Resettlement) einzurichten, wurde von CDU, FDP und freien Wählern abgelehnt.

Der Antrag der Linken, der **Initiative Mayors for Peace** beizutreten und damit die Initiative zur Abschaffung aller Atomwaffen zu unterstützen, wurde von CDU, FDP und freien Wählern abgelehnt.

BÜ 90 hatte beantragt, in **Hassels-Nord ein Stadtteilbüro** einzurichten und zu prüfen, inwieweit aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets zusätzliche SchulsozialarbeiterInnen dort eingesetzt werden können. Durch einen Ergänzungsantrag beantragten BÜ 90/SPD, den Vermieter zu einer aktiven Kooperation zu bewegen und sodann ein integriertes Handlungskonzept zu erarbeiten mit dem Ziel, den Stadtteil für das Programm „Soziale Stadt NRW“ zu qualifizieren. Die Anträge wurden ebenso wie Ergänzungen der Linken, als Schwerpunkt aufsuchende Sozialarbeit vorzusehen, abgelehnt. Die CDU sah über den eingerichteten runden Tisch hinaus aufgrund der gelesenen Ergebnisse und des dichten Sozialnetzes keinen weiteren Handlungsbedarf.

Der Antrag von BÜ 90, zum Haushalt 2012 außer von der IHK auch von anderen Interessenvertretungen **Stellungnahmen zum Haushaltsentwurf** einzuholen und den Ratsmitgliedern zuzuleiten, wurde von CDU, FDP bei Enthaltung SPD abgelehnt.

Der Antrag der SPD, die Verwaltung zu beauftragen, ein verbindliche Planung inkl. Kostenkalkulation und Zeitplan für die städtischen Liegenschaften **Kuthsweg 16 bis 20** sowie 43 zu erarbeiten, wurde einstimmig dem Bauausschuss verwiesen. Das Konzept soll den Abriss der Jugendfreizeiteinrichtung 43 und einen Ersatzneubau einer Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung am Kuthsweg 16 sowie den Abriss der leer stehenden Gebäude Kuthsweg 16 bis 20 und den Neubau von Wohnungen mit öffentlich gefördertem und frei finanziertem Wohnraum auf den Grundstücken Kuthsweg 18, 20 und 43 beinhalten.

Der Antrag der Freien Wähler, in Zusammenarbeit mit der Polizei eine Regelung zu treffen, die es ermöglicht, als Maßnahme der Gefahrenabwehr **Personen mit hohem Aggressionspotenzial die Fahrerlaubnis entziehen** zu können, wenn Straftaten nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit Verkehrsdelikten stehen, wurde von allen weiteren Ratsmitgliedern abgelehnt, da dieses Verfahren – keine Fahreignung aufgrund medizinischer Gutachten – schon seit 1999 auch in Düsseldorf praktiziert wird.

Gegen SPD, BÜ 90, Linke, Laubenburg beschloss der Rat einen Antrag von CDU und FDP, durch den der Rat den von der Landesregierung geplanten **„Stärkungspakt Stadtfinanzen“** ablehnt, der einen –Solidarbeitrag zu Lasten der Landeshauptstadt und zu Gunsten von finanzschwachen Kommunen vorsieht.

Die Linke beantragte, die Bundesregierung aufzufordern, das eingeleitete Bieterverfahren

zum Verkauf der **Bundesanteile an der Duisburger Hafen AG** zu beenden und die Landesregierung aufzufordern, ihr Stimmrecht so auszuüben, dass die Bundesanteile an ein öffentliches Unternehmen veräußert werden, das die regionale Kooperation an Rhein und Ruhr stärkt. Zusammen mit der Neuss-Düsseldorfer Häfen GmbH & Co.KG sollte geprüft werden, ob die Bundesanteile im Einvernehmen mit Land, Stadt Duisburg und weiteren kommunalen Hafenbetrieben erworben werden können. Dieser Antrag wurde CDU, FDP, SPD, BÜ 90, Freien Wählern abgelehnt. Über den Änderungsantrag der SPD zu prüfen, inwieweit eine Beteiligung der Neuss Düsseldorfer Häfen an der Duisburger Häfen AG sinnvoll und möglich ist, wurde dann nicht mehr abgestimmt.

Der Antrag der Freien Wähler, einen neuen Standort für einen **Weihnachtsbaum am Shadowplatz** zu suchen, wurde von allen anderen Ratsmitgliedern abgelehnt. Über den Antrag, die Standzeit der Eislaufbahn bis 6.1. zu verlängern wurde nicht mehr abgestimmt, nachdem die Verwaltung dies schon vor einigen Tagen so bekannt gegeben hatte.

Der Antrag der SPD, bis Sommer 2012 ein **Konzept zur Einführung eines neuen Mobilitätstickets** („Düssel-Mobil“) vorzulegen, wurde einstimmig in den Ordnungs- und Verkehrsausschuss verwiesen. Das Ticket soll neben der bargeldlosen Nutzung von Bahnen und Bussen auch die Nutzung von Car-Sharing und Leihfahrrädern beinhalten. Dabei soll mit interessierten Unternehmen geprüft werden, welche weiteren Angebote und Serviceleistungen ergänzend angeboten werden können,

Der Antrag von CDU und FDP, auf der **Brüsseler Straße** zwischen Meerbusch und Kniebrücke sowie zwischen Meerbusch und Theodor-Heuss-Brücke eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 60 km/h in der Zeit von 22 bis 6 Uhr einzurichten und die Möglichkeit von Geschwindigkeitsüberwachungen zu prüfen, wurde gegen freie Wähler bei Enthaltung der Linken beschlossen. Der Antrag der SPD, diese Geschwindigkeitsreduzierung ganztägig einzuführen, wurde von CDU, FDP, Freien Wählern ebenso abgelehnt wie der Antrag von BÜ 90, nächtliche Geschwindigkeitsreduzierungen in allen Straßenabschnitten des Masterplans „Reduzierung von Straßenverkehrslärm“ und einen lärmoptimierten Asphalt auf der Rheinknie- und der Theodor-Heuss-Brücke zu prüfen.

Personalien

Der Rat

- wählte die Mitglieder in den **Interkommunalen Ausschuss** der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Stadt Düsseldorf-Kreis Mettmann-Rhein-Kreis Neuss. Die SPD wird vertreten durch Markus Raub, persönlicher Stellvertreter Gerd Blatz;
- ersetzte im Verwaltungsrat der **Werkstatt für angepasste Arbeit** Alfred Syska als persönliches stellvertretendes Mitglied von Cornelia Mohrs durch Klaudia Zepuntke (SPD);
- wählte die Gründungsmitglieder in die Veranstaltergemeinschaft **„Neues Lokalradio Düsseldorf e.V.“**. Die SPD wird durch Markus Weske vertreten;
- wählte Cornelia Mohrs anstelle von Alfred Syska zum stellvertretenden Mitglied in den **Kreispolizeibeirat**;
- beschloss die **Wiederwahl des Schiedsmannes** Jürgen Fallasch für den Bezirk Garath und Hellerhof.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat stellte den **Jahresabschluss zum 31.12.2009** fest und entlastete den Oberbürgermeister (Enthaltung Linke). Er beschloss bei Enthaltung der Linken, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 139 Mio Euro durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zu decken. Peter Knäpper (SPD) wies auf die geschönte Darstellung hin: Die Ergebnisrechnung war nach der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt 22,5 Mio Euro schlechter als im Entwurf (Minus 117 Mio), wohingegen der Haushaltsplan noch ein positives Jahresergebnis von 39 Mio Euro vorsah, was in der Beschlussvorlage aber unerwähnt blieb.

Der Rat stellte einstimmig den **Jahresabschluss 2010 des Stadtbetriebs Zentrale Dienste** fest, erteilte der Betriebsleitung und dem Betriebsausschuss Entlastung und stellte zum Ausgleich des Ergebnisses einen Betrag von 215.841,66 Euro zur Verfügung.

Der Rat stellte bei Enthaltung von BÜ90, Linken den **Jahresabschluss 2010 des Stadtentwässerungsbetriebes (SEBD)** fest und entlastete die Betriebsleiter und den Betriebsausschuss. Er beschloss, den Überschuss in Höhe von 17,4 Mio in Höhe des Barwertvorteils aus dem beendeten US-Lease I in Höhe von 12,6 Mio der allgemeinen Rücklage des SEBD zuzuführen und einen Teilbetrag von Höhe von 3,8 Mio Euro an den allgemeinen Haushalt der Stadt auszuschütten. Weitere Teilbeträge werden den Rücklagen des Stadtentwässerungsbetriebes zugeführt. SPD, BÜ 90, Linke, Laubenburg stimmten gegen die Teilabführung an den städtischen Haushalt, da die Wirtschaftsprüfer eine Stärkung des Eigenkapitals des SEBD gefordert haben.

Der Rat beschloss gegen Linke (Enthaltung Laubenburg) das **Konzept zur nachhaltigen Substanzerhaltung des öffentlichen Kanalisationsnetzes**. Das jährliche Investitionsvolumen zur Substanzerhaltung des Netzes wird von durchschnittlich 12 Mio Euro auf 25 Mio erhöht. Ab 2016 hat das Konzept Auswirkungen auf die Gebührensätze.

Der Rat beschloss eine **Änderung der Taxenordnung** aufgrund gerichtlicher Entscheidungen. Die Ausweispflicht und die Regelungen, dass besetzte Taxihalteplätze nicht angefahren werden dürfen und das Warten im Straßenraum verboten ist, werden aufgehoben. Da durch Bundesgesetz das Rauchen in Taxis untersagt ist, wird ein Hinweis auf bestehende Rauchverbote hinfällig.

Einstimmig stimmte der Rat **Satzungsänderungen der Stiftung Roland Weber für Schloss Benrath** zu. Vorgesehen ist, ein Kuratorium als Kontrollorgan einzurichten.

Einstimmig nahm der eine Informationsvorlage zur **Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes** zur Kenntnis. Viele der 2007 abgeschafften Beteiligungstatbestände wurden wieder eingeführt, teilweise sogar ausgeweitet worden. Der Mitbestimmung unterliegen jetzt die dauerhafte Übertragung von Arbeiten an Private und Dritte in jeglicher Rechtsform, der Abschluss von Arbeitnehmerüberlassungsverträgen sowie ordentliche Kündigungen. Maßnahmen im IT- und Organisationsbereich sind wieder der Mitbestimmung zugeführt worden. Der Aufgabenkatalog der Personalvertretung wurde erweitert, und bei mitbestimmungspflichtigen Maßnahmen in personellen und sozialen Angelegenheiten ein Recht zugestanden, im Rat oder entscheidungsbefugten Ausschüssen die Auffassung darzulegen. Auf Antrag kann ein Wirtschaftsausschuss eingerichtet werden, der wirtschaftliche Angelegenheiten der Dienststelle berät. Dazu gehören auch Investitionen, Rationalisierungs- und Ausgliederungsvorhaben und betrieblicher Umweltschutz. Die Freistellungsstaffel wurde an das Betriebsverfassungsrecht angepasst, sodass ab Juli 2012 zwei zusätzliche Personalratsmitglieder freigestellt werden.

Investitionen

Der Rat

- beschloss die Ausführung und Finanzierung des **Projektes „Oberbilker Markt – Neugestaltung um Umfeldanpassungen“** mit Gesamtkosten von 2,45 Mio Euro. Die Neugestaltung einhaltet die Verlegung des Wochenmarktes auf den vorderen Platzteil und den Neubau eines Spielbereiches. Das Hochbeet auf dem Puschkinplatz wird erneuert. Die Bereiche an der Werdener und Kruppstraße werden neu gestaltet. Blindenleitsysteme verbessern die Orientierung zur Kreuzung und zur U-Bahn. Das Beleuchtungskonzept beinhaltet 14 schräggestellte Lichtstelen. Zur Ausstattung gehören Bänke, Holzpodeste, Fahrradständer, Mülleimer und eine öffentliche Uhr. Die Wertstoffcontainer werden durch Unterflurcontainer ersetzt. Baubeginn ist im Juni 2012, Fertigstellung bis Juni 2013 vorgesehen. Der Bewilligungsbescheid für beantragte Zuwendungen des Landes in Höhe von 1,3 Mio wird im Frühjahr 2012 erwartet (ge-

- gen Laubenburg, Enthaltung Linke);
- **Kö-Bogen, Verkehrsanlagen 2. Bauabschnitt** mit Gesamtkosten von 132,4 Mio. Nach Genehmigung des Abrisses des Tausendfüßlers und Rechtskraft des Bebauungsplanes) soll ein 650 m langer Tunnel zwischen Hofgartenstraße und Immermannstraße mit 3 Fahrspuren (in den Abzweigen zur Berliner Allee und Immermannstraße 2 Fahrspuren) errichtet werden. In der Bauzeit müssen vierlichtsignalgeregelter Kreuzungen angepasst und Gleiseckverbindungen an der Jacobi-/Schadowstraße und Münster-/Blücherstraße errichtet werden. Die Baumaßnahmen sollen im April 2012 beginnen und Ende 2014 beendet sein (gegen SPD, BÜ 90, Linke, Laubenburg).

Baurecht

Der Rat beschloss

- die Änderung des Bebauungsplanes **Rheinmetall Ulmenstraße/Rather Straße (Derendorf)** im vereinfachten Verfahren. Durch die Anpassung des Bebauungsplanes werden in den Kerngebieten Präsentationsräume der Modebranche („Showrooms“) allgemein zugelassen (gegen Linke, Laubenburg);
- die erste Verlängerung der Veränderungssperre für ein Gebiet an der **Niederrheinstraße (Lohausen)** (einstimmig);
- die Änderung des Bebauungsplanes **Bochumer Straße/Am Gatherhof (Rath)**. Das ehemalige Industriegebiet wird nun als Gewerbegebiet festgesetzt, wobei Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevanten Sortimenten ausgeschlossen werden. Die Ausweisung als Gewerbegebiet entspricht der aktuellen Nutzung (einstimmig).

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

**V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de**